

PRESSEMITTEILUNG

Juso-Hochschulgruppen und CampusGrün mahnen Nachbesserungen am Landeshochschulgesetz an

CampusGrün und die Juso-Hochschulgruppen in Baden-Württemberg fordern:

- **Mehr Demokratie an den Hochschulen durch eine Viertelparität im Senat nach dem NRW-Modell**
- **Mehr Transparenz in der Drittmittelforschung durch eine Erweiterung der Kompetenzen der neu geschaffenen Vertrauenskommission**
- **Eine verfasste Landesstudierendenvertretung, damit diese handlungsfähig ist**

Die Novellierung des baden-württembergischen Landeshochschulgesetzes kommt in die entscheidende Phase. Am Dienstag, den 21. Januar laden die Regierungsfractionen zum letzten Fachgespräch, kurz darauf, am 19. Februar, soll der Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht werden. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte die Landesregierung einen Anhörungsentwurf veröffentlicht. Die Absichten der Gesetzesnovelle haben Juso-Hochschulgruppen und CampusGrün ausdrücklich begrüßt, jedoch in getrennten Stellungnahmen Verbesserungen vorgeschlagen. Inzwischen hat das Wissenschaftsministerium den Entwurf überarbeitet, doch die Studierendenverbände der beiden Regierungsparteien mahnen weitere unabdingbare Nachbesserungen an. Wichtige Kernforderungen von den Juso-Hochschulgruppen und von CampusGrün wurden nicht übernommen. Deshalb suchen sie jetzt den Schulterschluss miteinander: „Mit unserem Vorstoß wollen wir der Landesregierung verdeutlichen, dass wir geschlossen



20. Januar 2014

Landeskoordination Juso-HSGn:

Niklas Horstmann
Kai Wörner
Thalke Iggena

Vorstand CampusGrün:

Lars Maurer
Ricarda Lang

Kontakt:

horstmann@jusos-bw.de
+49 176 62907681

Veröffentlichung:

Honorarfreier Abdruck, Beleg-
exemplar erwünscht.
Bildmaterial auf Anfrage, sofern
vorhanden.

die weitere Demokratisierung der Hochschulen und mehr Transparenz in der Drittmittelforschung einfordern. Gleichzeitig lehnen wir zusätzliche Gebühren an den Hochschulen ausdrücklich ab", erläutert Niklas Horstmann, Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg, die Beweggründe für die Kooperation. „Eine weiterhin ablehnende Haltung des Wissenschaftsministeriums und der Regierungsfractionen gegenüber unseren gemeinsamen Vorschlägen würde die Chance zur nachhaltigen Reform unserer Hochschulen verstreichen lassen. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Doch die Landesregierung muss nachbessern, wenn sie uns auf ihrer Seite wissen will."

Demokratisierung der Hochschule

Eine langjährige Forderung von CampusGrün und Juso-Hochschulgruppen ist die Festschreibung der sogenannten Viertelparität im Senat der Hochschulen. Jede Statusgruppe der Hochschule (Professor*innenschaft, Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und administrativ technische Angestellte) soll im Senat, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Hochschule, gleichmäßig vertreten sein. Die Viertelparität wurde von beiden Fraktionen und dem Ministerium aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken nicht umgesetzt. „Wir sprechen uns daher für die nordrhein-westfälische Lösung aus. Dort soll in Angelegenheiten, die verfassungsgemäß eine professorale Mehrheit vorschreiben, den Professorinnen und Professoren ein Vetorecht eingeräumt werden. In allen anderen Angelegenheiten gelten die gleichmäßig aufgeteilten Stimmanteile. Eine solche Viertelparität würde endlich zu mehr Mitentscheidungsrechten der Studierenden in wichtigen Prozessen der Universität führen und so insgesamt die Partizipationsmöglichkeiten der Studierenden stärken", hofft Ricarda Lang, Vorstandsmitglied von CampusGrün Baden-Württemberg.

Transparenz in der Drittmittelforschung

Die Juso-Hochschulgruppen und CampusGrün setzen sich für eine friedliche

Hochschule ein. Zu diesem Konzept gehört als Kernstück die Forderung einer verbindlichen Zivilklausel: „Es soll keine dem militärischen Zwecke dienende Forschung an den Hochschulen unseres Landes geben. Dies ist auch weiterhin unser Ziel“, bekräftigt Kai Wörner, ebenfalls Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg. „Auf dem Weg dahin schließen wir uns dem Vorschlag des SPD-Landtagsabgeordneten Johannes Stober an, mehr Transparenz in der Drittmittelvergabe sicherzustellen. Wir unterstützen ausdrücklich die vorgesehene Einführung einer Vertrauenskommission an den Hochschulen. Um jedoch zusätzliche Transparenz zu schaffen, muss dieses Gremium über die Annahme von Drittmitteln mitentscheiden und mit Vertreter*innen der ganzen Hochschule besetzt sein. Je ein Mitglied für jede Statusgruppe und für die Professor*innenschaft zusätzlich zwei weitere gewählte Vertreter*innen. So wäre, zusammen mit einem Sitz für das Rektorat die professorale Mehrheit auch hier gesichert. Die Erweiterung der Kompetenzen der Vertrauenskommission sorgt für mehr Transparenz in der Vergabe von Drittmitteln und ist daher ein erster wichtiger Schritt hin zu einer verbindlichen Zivilklausel.“

Solidarität mit der Landesstudierendenvertretung

Die Landesstudierendenvertretung spricht als Stimme aller Studierendenvertretungen an baden-württembergischen Hochschulen. „Als oberste Interessenvertretung eines und einer jeden Studierenden muss sie dabei voll handlungsfähig sein. Dies ist derzeit jedoch nicht gegeben. Die fehlende Verfasstheit erlaubt es ihr nicht, Verträge abzuschließen. So ist sie bei den Verhandlungen nach einem landesweiten Semesterticket kaum handlungsfähig. Wir unterstützen daher die Forderung einer verfassten Landesstudierendenvertretung. Insbesondere die vorgesehene Einführung von rechtsfähigen Hochschulverbänden macht diese Gleichstellung absolut erforderlich“, stellt Lars Maurer, ebenfalls Vorstandsmitglied von CampusGrün Baden Württemberg abschließend fest.